



Biwöchiger Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb inkl. Porto 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$ Sar. Insertionsgebühr für den Raum einer fünfseitigen Zeile in Beiträgen 1 $\frac{1}{2}$ Sar.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 82. Mittag-Ausgabe.

Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 17. Februar 1865.

Preußen.

Berlin, 16. Febr. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergrödest geruhet: Dem Leibarts-Direktor, Geheimen Rednungs-Rath Wedd zu Berlin den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, sowie dem Major z. D. v. Doemming, zuletzt im Magdeburgischen Jäger-Regiment Nr. 36, gegenwärtig Capven-Commandant in Hamburg, und dem Premier-Lieutenant v. Kaltenborn-Schau vom 4. Magdeburgischen Infanterie-Regiment Nr. 67 und commandirt zur Dienstleistung beim Generalstabe des 6. Armeecorps, den rothen Adlerorden vierter Klasse zu verleihen; den Seconde-Lieutenant im Brandenburgischen Pionier-Bataillon Nr. 3, Stark, wegen seines tapferen Verhaltens vor dem Feinde in den Adelstand zu erheben; sowie die erneute Wahl des Wirklichen Geheimen Rathes, Kammer-Landeschaft aus den Zeitraum von Weihnachten 1864 bis dahin 1870 zu bestätigen, und dem praktischen Arzt z. Dr. Hirschfeld in Frankensteine den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

Der praktische Arzt z. Dr. Gottwald in Reinerz ist zum Kreisphysitus des Kreises Frankenstein ernannt worden. — Der Tierarzt erster Klasse Karl Louis Scholz ist zum Kreis-Thierarzt im Kreise Tost-Gleiwitz, Regierungsbezirk Oppeln, ernannt worden.

Berlin, 16. Febr. [Se. Maj. der König] machten gestern Nachmittag mit Ihrer Maj. der Königin eine Schlittenfahrt und empfingen später den Minister-Präsidenten v. Bismarck-Schönhausen zum Vortrage. Am Abend fand in dem weißen Saale des kgl. Schlosses ein großes Ballfest statt, auf welchem Alerhöchststiel selbst bis Mitternacht verweilten. — Heute nahmen des Königs Majestät den Vortrag des General-Adjutanten, General-Lieutenants Freiherrn v. Manteußel entgegen.

[Ihre Maj. die Königin] speiste gestern mit Sr. Maj. dem Könige bei dem Kronprinzen und der Kronprinzessin. Heute wohnte Ihre Majestät mit Alerhöchststiel seiner Schwester, der Prinzessin Karl, der Gedächtnissfeier für ihre Mutter, der verstorbenen Großherzogin von Weimar, Großfürstin von Russland, in der griechischen Kapelle der hiesigen russischen Gesandtschaft bei.

(St. A.)

[Das Staatsministerium] trat heute Mittag halb 1 Uhr in einer Sitzung zusammen, in welcher die schleswig-holsteinische Angelegenheit Gegenstand der Berathung gewesen sein darf.

[Der Minister des Innern] ist so weit wieder hergestellt, daß er einem Minister-Conseil beiwohnen konnte, welcher heute im Ministerium des Innern stattfand. Wie zu erwarten ist, wird derselbe in der nächsten Woche ausgehen und in dem Hause der Abgeordneten erscheinen können. Daher wird wohl baldigt die Debatte über die Petitionen der Städte auf die Tagesordnung der zweiten Kammer gelangen.

O. C. [Die Commission für Handel und Gewerbe] berichtete heute den Bericht über die Verwaltung der Staatsseisenbahnen und einige Petitionen. Wir bemerkten bei dieser Gelegenheit, daß aus Coblenz eine mit einer ausführlichen Motivirung ausgestattete Petition gegen den Bau der Eifelbahn an das Haus der Abgeordneten gelangt ist.

[Die Gemeinde-Commission] verhandelte heute über die aus Berlin, Stettin, Breslau, Insterburg und Neudamm an das Haus der Abgeordneten gerichteten Petitionen, betreffend die von der Regierung verfaßte Bestätigung von Gemeinde-Beamten. Die Commission beschloß, einen Gesetzentwurf in das Haus zu bringen, der das Bestätigungsrecht der Regierung aufhebt und den bezüglichen § 33 der Städte-Ordnung für die östlichen Provinzen, den § 32 der Städte-Ordnung für die Rheinlande und den § 33 der Städte-Ordnung für Westfalen streift. In der Befreiung dieser §§ sieht die Commission das einzige Mittel, den zahlreichen Beschwerden der Städte ein Ende zu machen und ihnen abzuholzen. Der heutige Beschluß wurde fast einstimmig gefaßt.

[Aus der Budgetcommission.] Nachdem der Generalbericht der Budgetcommission gestern Abend von den fünf Mitgliedern der Subcommission festgestellt war, wurde heute mit dem Bertrage und der Berathung desselben in der Budgetcommission begonnen. Selbstverständlich existiert er bis jetzt nur als Manuscript, das durch die beigefügten Tabellen im Druck eine sehr umfangreiche Denkschrift abgeben wird. Von den Tabellen, die eine theilweise bis zum Jahre 1849 zurückreichende, vergleichende Uebersicht der preußischen Finanzverwaltung gewähren, sind mehr als 60 Seiten bereits als Manuscript gedruckt, doch wird an ihnen noch stellvertretend geändert. In der heutigen Sitzung war eine größere Anzahl von Regierung-Commissionaren zugegen, darunter Geb. Rath Bendemann, Landforsmester v. Hagen und für den Staatssozial Geh. R. Tostenoble. Von dem Generalbericht, der mit einer allgemeinen, die Grundzüge der Behandlung des Staatshaushalts-Etsatzstellenden Einleitung beginnt, dann zu den Spezial-Etsatz übergeht und endlich mit bestimmten Anträgen schließt, wurden heute die Einleitung und die Etsatz des Staatschakns, der Staatschulden-Verwaltung, der Forst-Verwaltung, des landwirtschaftlichen Ministeriums und der Geblüts-Verwaltung ganz erledigt, der Spezial-Etsatz der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung nur theilweise und wird mit dem lezteren in der nächsten Sitzung (morgen) fortgesetzt, nachdem die Subcommission heute Abend noch einmal mit den betreffenden Regierung-Commissionaren konfertierte. Ferner kommt morgen der Spezial-Etsatz der Salzmonopol, der Eisenbahn-, der Post- und der Verwaltung der indirecten Steuern zum Vortrage. Es kann wohl eine Woche übergehen, bis der Generalbericht endgültig festgestellt ist. Schließlich hat die Budgetcommission darüber Beschluß zu fassen, ob sie die Anträge ihrer Subcommission zu den übrigen machen und an das Haus der Abgeordneten bringen will. Diese Anträge, beim Beginn der heutigen Sitzung verlesen, laufen (wie bereits teleg. gemeldet):

Das Abgeordneten-Haus wolle beschließen, der Staatsregierung gegenüber zu erklären:

- 1) In dem vorgelegten Staatshaushalt-Etsatz ist eine richtige Vertheilung der Staatsausgaben nicht zu erkennen.
- 2) Der Militär-Etsatz bedarf einer wesentlichen Umgestaltung und Ermäßigung.
- 3) Für productive Zwecke, Strom-Negauirungen, Wege-Bauten, Landes-Meliorationen, für Unterricht und Wissenschaft, desgleichen für Verbesserung der Gehälter der Lehrer, der Subalterns und Unterbeamten sind größere Summen, wie bisher, zu verwerben.
- 4) Der gegenwärtige Zeitpunkt ist geeignet, eine Reform und Ermäßigung drückender oder zweckwidrig angelegter Staatslasten, namentlich die Herabsetzung der Gerichtskosten und des Briefporto's, und die Aufhebung des Salzmonopols, in Angriff zu nehmen.
- 5) Die Gebäude-Steuer ist unter Ueberlassung des Ueberschusses an die Gemeinden, auf den ursprünglich veranschlagten Betrag von 2,843,260 Thaler jährlich festzustellen.
- 6) Es ist eine gesetzliche Umwandlung der Klassen- und Einkommen-Steuer dahin vorzunehmen, daß die Anzahl von Monatsraten, welche zur Deckung des Bedarfs zu erheben sind, innerhalb des gesetzlichen Maximums von 12 Monatsraten jährlich durch das Budget festgestellt wird.

[Der Bericht der Finanz-Commission des Herrenhauses] (v. Meding, Vorsitzender, v. Le Coq, Rechtsritsatter) über den Bericht der Staats-Schulden-Commission, die Verwaltung des Staats-Schuldenwesens im Jahre 1862 betreffend, liegt heute im Druck vor. Die Finanz-Commission schlägt in Ueberinstimmung mit dem lezteren Bericht dem Herrenhaus vor, der Hauptverwaltung der Staats-Schulden über deren pro 1862 geleistete Rechnungen die Decharge zu ertheilen. Ihr Bericht ist vom 13ten Mts. datirt.

[Die Verhandlungen in Betreff eines zwischen Österreich und dem Zollverein abzuschließenden Handels-Vertrages] sind, wie die „Zeidl. Corr.“ meldet: keineswegs abgebrochen oder durch die Überreichung eines österreichischen Ultimatums zu einer Krise getrieben worden. Die Commissare haben nur den Beschluß gefaßt, die Verhandlungen über den neuen Tarif einstweilen bei Seite

liegen zu lassen, nachdem sich herausgestellt, daß die Einigung über die Wein-Zölle noch mancherlei Schwierigkeiten begegnet. Statt dessen hat die Conferenz beschlossen, die Formulirung desjenigen Vertrags-Artikels in Erwägung zu ziehen, in welchem der Termin für die Verhandlungen über eine eventuelle Zolleinigung festgestellt werden soll.

[Die Stellung zu den Herzogthümern.] Der telegr. annoncirete Artikel der „Zeidl. Corr.“ lautet: Was die öffentlichen Blätter über den Inhalt der Forderungen berichten, welche die preußische Regierung in Betreff des künftigen Verhältnisses der Herzogthümer zu Preußen stellt, beruht einzig und allein auf Vermuthungen. Eine endgültige Formulirung jener Punkte hat schon um deshalb nicht stattgefunden, weil die Vorschläge der einzelnen Ministerien zunächst einer Berathung des Gesamt-Ministeriums unterzogen, und sodann der Genehmigung Seiner Majestät des Königs anheimgestellt werden müssen. Da es überdies der Grundsatz der preußischen Regierung ist, die Wünsche der Bevölkerungen zu berücksichtigen, so ist es nicht unmöglich, daß auch notable Männer aus den Herzogthümern in Betreff jener Fragen zu Rathe gezogen werden.

[Ein Presbyter] wurde gestern gegen den königlichen Justizrat und vereidigte Translator der polnischen Sprache, Jerewski, verhandelt. Der selbe war beschuldigt, durch seine Broschüre: „Die Bemerkung pro memoria eines ungenannten Angeklagten in der Staatsgerichtshof-Untersuchungssache wider den Grafen Dzialsinski, zu den Alten schriftlich überreicht den 13. Oktober, nebst Erläuterungen und Anhängen vom 25. November durch den königlichen Justizrat und ein für allemal vereideten Translator der polnischen und deutschen Sprache, Jerewski. Berlin 1864. Druck von Eduard Krause“ in Berlin, die Polizeibehörden im Großherzogthum Polen, die Oberstaatsanwalt beim Staatsgerichtshof und letzterer selbst mit Bezug auf den Beruf beleidigt zu haben. Die Verhandlung endete damit, daß der Staatsanwalt den Antrag auf Untersuchung des Gemüthszustandes des Angeklagten stellte, und das Gericht beschloß, unter Aufhebung des Termins dem Antrage stattzugeben.

[Nachwahl.] An Stelle des hier noch stark darnieder liegenden Kreisgerichtsraths Belthausen, der das Mandat des lycker Wahlkreises niedergelegt hat, wird beabsichtigt, Dr. Falkson in Königsberg zu wählen. Von anderen Seiten wird ein gemäßigteres Mitglied der Fortschrittspartei, Gutbesitzer Ehardt auf Komorowen, der den Wahlkreis schon in einer früheren Kammerdiät vertreten hat, als wahrscheinlicher Abgeordneter genannt.

Stettin, 16. Febr. [Wahl.] An Stelle des nicht bestätigten Herrn Hafer ist heute Herr Wilh. Walther (Firma J. Schmolow) zum Kaufmännischen Assessor des See- und Handelsgerichts gewählt worden.

Stettin, 15. Febr. [Zur Kriegsentschädigung.] Wie die „Ostsee-Zeitung“ berichtet, haben das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft zu Königsberg und die Altesten der Kaufmannschaft zu Danzig das Collegium der hiesigen Kaufmannschaft benachrichtigt, daß sie in Betreff der durch den Krieg mit Dänemark entstandenen indirekten und Blokade-Schäden bei der königl. Staatsregierung keine Anträge stellen werden. Es wurde beschlossen, in dieser Angelegenheit keine weiteren Schritte zu thun, da auf einen Erfolg der gedachten Schäden nicht zu rechnen ist.

Deutschland.

Koburg, 10. Febr. [Projektirte Titel- und Ordenssteuer.] Nach einer Mitteilung eines hiesigen Lokalblattes soll es in der Absicht einiger Landtagsabgeordneten liegen, in dem nächsten Landtag einen Antrag auf Einführung einer progressiven Titel- und Ordenssteuer, vom Hofhandwerker und der Verdienstmedaille an aufwärts zu stellen. (Fr. J.)

Kiel, 14. Febr. [Über die Versammlung bei dem Her. J.] bringt die „Kiel. Z.“ folgende, wie es scheint, offizielle Mitteilung: Wir haben bereits erwähnt, daß am letzten Freitag einige angesehene Männer aus beiden Herzogthümern in Folge einer Einladung des Herzogs, welcher sich mit ihnen über die das Land augenblicklich beschäftigenden Fragen zu besprechen wünschte, hier anwesend waren. Es war dabei wohl nicht beabsichtigt, irgend welche Beschlüsse zu fassen, sondern vielmehr nur Ansichten auszutauschen über einige der wichtigsten Tagesfragen, von deren Entscheidung die Zukunft des Landes abhängt. Da der Charakter der Befreiung ein durchaus vertraulicher war, so wird über das Detail der Verhandlung wohl nichts Näheres verlauten und wir möchten deshalb alle Berichte, welche etwa darüber verbreitet werden, im voraus als unzuverlässig bezeichnen. Nur so viel hören wir aus guter Quelle versichern, daß alle Anwesenden im Interesse der Herzogthümer sowohl, als auch des gesamten Deutschlands ein näheres Verhältnis unseres Landes zu Preußen für geboten erachteten, wodurch indeß nicht ausgeschlossen ist, daß in Beziehung auf das Maß des Anschlusses die Ansichten verschieden nuancirt waren. Aber diese Differenzen sind bis jetzt ja nur theoretischer Natur und deshalb soll auch bei jener Befreiung die Meinung überwiegend gewesen sein, daß man zunächst abwarten müsse, wie Preußen selbst seine Forderungen formulieren wird.

Österreich.

Wien, 15. Febr. [Eine Art Dementi.] Die „Wien. Abend.“ schreibt: Gegenüber den verschiedenen Versionen, in welchen die heutigen Morgenblätter eine im Finanzausschuß gefallene Neuersetzung des Herrn Ministers des Neuferrn über gewisse in Kassel spieldende Intrigen in Umlauf gesetzt haben, müssen wir daran erinnern, wie solche nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Worte allzu leicht ungenau wiedergegeben werden; zugleich aber sind wir in der Lage zu bemerken, daß Graf Mensdorff selbst jene Neuersetzung dahin präzisiert hat, er habe damit nicht die preußische Regierung angeklagt, sondern nur angedeutet, wie der kürzlich gestoßene Staat durch seine politische Lage sich verschiedenen Intrigen blosgestellt befindet.

[Beschlagnahme und Aufhebung derselben.] Die „N. Jr. Pr.“ schreibt: Das heutige Morgenblatt der „N. Jr. Pr.“ ist preußisch mit Beschlag belegt worden. Den Anlaß zu dieser Maßregel hat, wie man uns mittheilt, das Feuilleton („Ein Fest in den Tuilleries“) gegeben, worin die Behörde ein Vergehen gegen § 303 des St. G. Beleidigung einer gesetzlich anerkannten Kirche erblieb. Die Morgens vor 7 Uhr vollzogene Beschlagnahme ist jedoch auf Verflüchtigung der k. k. Staatsanwaltschaft gegen 11 Uhr wieder aufgehoben worden.

Italien.

Turin, 14. Febr. [Der Ausbruch des Aetna] dauert mit Hestigkeit fort. Das Feuer erhebt sich aus vier Deffusionen. Die Lava hat bereits 12 Kilometer durchlaufen, bebaute Felder bedeckt und drei Thaler ausgefüllt. Der dadurch angerichtete Schaden wird zu einer Million veranschlagt.

Frankreich.

* Paris, 14. Febr. [Friede zwischen Spanien und Peru.] Die „Patrie“ meldet, daß nach Privatdepeschen aus Aspinwall vom 18. Januar der Friede zwischen Spanien und Peru abgeschlossen ist. Der Vertrag wurde an Bord des französischen Kriegsschiffes „Stadt Madrid“ bei den Chynas-Inseln unterzeichnet. Peru bezahlt eine ihrem Betrage nach noch nicht bekannte Entschädigung, nicht in baarem Gelde, sondern in Guano, den die spanische Regierung wegzuführen ermächtigt werden wird.

[Der Bischof von Grenoble] hat an seine Pfarrer ein Rundschreiben gerichtet, das den Bischof von Orleans noch weit überzeugt und auf 54 Seiten in Betreff der Encyclika und des Syllabus beweist, daß sie 1. nichts enthalten, was gegen das alte französische Staatsrecht verstößt, 2. keinen Angriff auf die Souveränität und volle Unabhängigkeit der weltlichen Staatsgewalt machen, 3. keineswegs die moderne Gesellschaft verdammten oder in direktem Gegensatz zu den Grundsätzen des jetzigen französischen Staatsrechtes stehen, und 4., daß die Encyclika bloss ein doctrinelles Lehrstück und kein politischer Act ist. Die „France“ hält dieses Schreiben dem Munde und den Protestbriefen anderer Bischöfe gegenüber und bezeichnet dasselbe als „die bedeutsamste Arbeit, die bisher über die Encyclika erschien“; Dupanloup, sängt noch so gesetzert in der „France“, ist ihr jetzt blos noch ein Redekünstler mit Msgr. de Ginouilhac verglichen, den sie „zum Theologen ersten Ranges“ erhebt. Zu bedauern ist, daß dieses Rundschreiben, statt ganz zuletzt, nicht ganz zuerst erschienen ist. Viel unnützes Gezänk wäre der Welt erspart worden, wenn die Theologen ersten Ranges so schlagend sind, wie die „France“ behauptet. Schade, daß die „France“ nicht das Ganze, sondern nur ein sehr unbedeutendes Fragment giebt, aus dem wir nur erfahren, daß auch der Bischof von Grenoble behauptet, die Presse allein sei an allem Unheil schuld.

[Von der Broschüre des Msgr. Dupanloup] sind jetzt 80,000 Exemplare verkauft worden. In Dublin, wo sie in englischer Sprache erschien, sind 12,000 abgesetzt worden. Der Genannte hat eine große Anzahl Beglückwünschungsschreiben von französischen und ausländischen Bischöfen erhalten. Die päpstlichen Nuntien in Wien, München und Lissabon haben ihn ebenfalls beglückwünscht.

[Die Opposition.] Ollivier hat sich bereits im Saale des gesetzgebenden Körpers einen anderen Platz gewählt und sich neben die Corsen gesetzt. In der vorbereitenden Versammlung der Opposition wurden die Rollen vertheilt, welche die Mitglieder derselben in der Kammer übernehmen werden. — Jules Favre wird über Mexico und den Vertrag vom 15. September sprechen, Garnier-Pagès über die Finanzen und die Wahlfreiheit, oder wenn man will Beschränktheit, Picard über die Gemeinde-Verwaltung von Paris, Carnot und Jules Simon über den öffentlichen Unterricht und die Arbeiter-Associationen und Pelletan über die Presse. Guérout und Havin haben keine Rolle erhalten. Sie sind einerseits keine Redner und andererseits halten sie zu sehr zum Palais Royal.

Großbritannien.

E. C. London, 11. Febr. [Note betreffs der griechischen Anleihe.] Die Note, welche von England, Frankreich und Russland betreffs der Zahlung der Interessen der Anleihe von 1832 an die griechische Regierung gerichtet worden ist (auch englischerseits, um die Identität zu wahren, der Gewohnheit zuwider in französischer Sprache abgefaßt), lautet folgendermaßen:

Athen, den 9. Januar 1865.

Herr Minister! In einer vom 12. und 24. Januar 1864 datirten Mittheilung entwarf Ew. Excellenz Borgänger ein sehr düsteres Bild von der Lage des hellenischen Staatschakses und ersuchte die Mächte, welche die Anleihe garantiert hatten, um ihre Mitwirkung zur Bahnung eines Ausweges aus den finanziellen Verlegenheiten. — Die Unterthübung, welche er ihm im Wohlwollen erbat, läßt sich in drei Punkten zusammenfassen. 1) Die Hinauschiebung der Zahlungsfrist für die Summen, welche die hellenische Regierung à conto in den Jahren 1861, 1862 und 1863 zu zahlen sich verpflichtet hatte, und die jetzt noch nicht abgetragen sind. — 2) Die Zustimmung zur Prolongierung des Arrangements von 1859, kraft dessen die hellenische Schatzammer sich verpflichtet hatte, den drei Mächten jährlich 900,000 Frs. zur theilweisen Rückstättung ihrer Forderungen für das Rotheibildje Anlehen zu zahlen, auf weitere fünf Jahre. — 3) Die aus diesem Aufschub mit Nothwendigkeit folgende Bestätigung eines neuen Rechtes der griechischen Regierung, einen Theil ihrer Einkünfte zu der Befriedigung einer andern Verbindlichkeit (der Anlehen von 1824 und 1825) zu verwenden, ehe sie für die vollständige Eydung der Zinsen und die Amortifirung der Anleihe von 1832, denen die Einkünfte des griechischen Schakses vor allem andern gewidmet sein sollten, vorgesorgt habe. — Ich habe nicht erlangt, Ihren Maj. Regierung von diesen Wünschen Mittheilung zu machen, und ob habe soeben die Anweisung erhalten, Ew. Excell. von den Forderungen in Kenntniß zu setzen, zu denen das londoner Cabinet nach vorhergegangener Verständigung mit den Regierungen Frankreichs und Russlands gelangt ist. — 1) Ihrer Majestät Regierung, im Einverständniß mit den Regierungen Frankreichs und Russlands, willigt in dem einheitlichen Aufschub der Zahlung der Summen, welche die griechische Regierung auf die Jahre 1861, 1862 und 1863 schuldet, unter Vorbehalt jedoch des Rechtes, in der Folge die Abtragung jener Summen verlangen zu dürfen. — 2) In gleichem Einverständniß mit den anderen Garantimächten giebt Ihrer Maj. Regierung, indem sie die Umstände in Erwägung ziebt, welche die griechische Regierung im jetzigen Augenblicke die Leistung umfangreicher Zahlungen unmöglich machen, ihre Einwilligung, die im Jahre 1859 festgesetzte Erhöhung der jährlichen Zahlung von 900,000 Frs., welche überdies um die zu Gunsten Sr. Maj. des Königs der Hellenen auf Artikel 6 des am 29. März

N u s l a n d.

R. Warshaw, 15. Febr. [Der Reorganisationsplan. — Eisenbahnen nach Lodz und Kalisch. — Schwere Verurtheilung.] Erlauben Sie mir, eine Mittheilung Ihres hiesigen Correspondenten theilweise zu berichtigen. Derselbe hat Ihnen ganz richtig mitgetheilt, daß auf amtlichem Wege aus Petersburg ein Reorganisationsplan des Königreichs Polen eingetroffen ist; unrichtig aber ist es, daß dieser Plan bereits bestätigt worden sei. Er ist vielmehr hierher geschickt, um das Gutachten der hiesigen Oberbehörde darüber einzufordern. Dasselbe geschah auch mit noch einigen anderen Reorganisationsplänen, nur daß der von Ihnen erwähnten Correspondenten mittheilte, der lezte in der Zeit war. Daß die hiesige Behörde auf diese Mittheilung sehr scheel sah, geht schon daraus hervor, daß alle ausländischen Zeitungen, welche sie gebracht haben, confiscat wurden; selbst die betreffende Nummer der so sehr protegirten „Krautzeitung“ wurde diesmal nicht schonender behandelt. — Gestern ist im Administrationsrath das Project des Baues einer Eisenbahn von Rofoch, an der Warshaw-Wiener Bahn, nach Lodz, angenommen worden, und bedarf es also nur noch der gewiß nicht ausbleibenden Bestätigung in Petersburg, um die Arbeit dieser kurzen aber äußerst wichtigen Bahn in Angriff zu nehmen. Sie soll in einem Jahre vollendet sein. Die Unternehmer sind der Bankier J. G. Bloch hier, im Verein mit wenigen Capitalisten und Fabrikanten der Provinz. Da das erforderliche Capital kaum eine Million Silber-Rubel übersteigen wird, so dürfen die auszugebenden Aktionen in den Händen der Unternehmer bleiben, und vorerst gar nicht in Verkehr kommen. Von der Regierung sind den Unternehmern 5 p.Ct. Zinsen garantiert, und zwar in Silber. Den Unternehmern ist auch das Vorrecht zur Concession des Weiterbaues der Bahn von Lodz nach Kalisch eingeräumt. Der frühere hiesige Staatsanwalt und Unterstaatssekretär im Staatsrath, Kobielski, hat sich im vorigen Jahre von hier nach Paris entfernt, und dort aufzuhalten. Vor einiger Zeit erlaubte er sich eine Reise nach Wien, wo er von der Polizei verhaftet und hierher aufgeliefert worden ist. Hier kam er vor ein Kriegsgericht, das ihn zu schwerer Strafe verurtheilt hat, wie es heißt, zu 20 Jahren schwerer Arbeit in den Bergwerken Sibiriens. Kobielski ist beschuldigt, Mitglied der National-Regierung gewesen zu sein.

O s m a n i s c h e s R e i c h .

Cairo, 19. Jan. [Wiederherstellungsgebäuden.] Der „Tempo“ enthielt ein Schreiben von hier, dem Folgendes zu entnehmen ist: Gestern wurde der Jahrestag der Thronbesteigung des Vicekönigs gefeiert. Das Fest begann mit der Grundsteinlegung des großen Hotels von Cairo, die von dem Minister der öffentlichen Bauten, Huber Pasha, selbst vorgenommen wurde. An der östlichen Seite des Gartens des Gebäudes befinden sich brachliegende Terrains, die sich von dort ungefähr zwei Kilometer weiter bis zum Nil erstrecken. Auf diesen mit reichen Ansammlungen bedeckten Räume entsteht eine Gruppe prachtvoller Häuser, welche eine unter den Namen „Gesellschaft des neuen Viertels“ constituirte Anzahl von Capitalisten zu einer ausschließlich europäischen Stadt erweitern will. Die Regierung hat diesen Plan günstig aufgenommen, welcher auch den fortlaufenden Zuwachs an Fremden in Cairo fördern wird. Zur Erleichterung der Ausführung hat sie der Gesellschaft 400,000 Meter (zu 10 Fr. den Meter) abgetreten. Diese Summe von vier Millionen soll zum Bau von öffentlichen Gebäuden (man will davon u. A. eine Börse, ein Theater, das neue Ministerium der öffentlichen Bauten und ein Museum errichten) verwendet werden. Das neue Viertel selbst wird mit Squares und Boulevards versehen werden, von welchen der eine den Namen des Vicekönigs tragen wird.

A m e r i k a .

Rio Janeiro, 10. Jan. [Der Krieg mit Uruguay.] Die hiesige Regierung hat bis jetzt vergeblich sich bemüht, das Gouvernement der argentinischen Republik in Buenos-Aires zur Teilnahme am Kriege gegen Uruguay und Paraguay zu bewegen. Vielmehr hat, seitdem von Lopez, dem Präsidenten des letzteren Freistaates, der Krieg an Brasilien erklärt ist, sogar die Unterstützung aufgehört, welche Präsident Mitre (in Buenos-Aires) dem General Flores in gebheimer Weise gegen die Regierung in Montevideo zu Theil werden ließ. Auch die Hoffnung, daß Urquiza, General der argentinischen Confederation, in der Provinz Entre Ríos sich gegen den Präsidenten Mitre erheben und mit den Brasilianern gemeinsame Sache machen werde, ist bis jetzt nicht in Erfüllung gegangen. Man kann hier von Glück sagen, daß die argentinische Republik noch neutral sich verhält; denn trifft auf Seiten des Präsidenten Lopez, so steht dessen Truppen der Weg durch Corrientes und Entre Ríos frei, und der brasilianischen Armee in Uruguay wäre nicht nur der Rückzug abgeschnitten, sondern auch die brasilianische Provinz Sul den Feinden preis gegeben, da hier nur einige hundert Nationalgarden der Regierung zur Verfügung stehen. Präsident Lopez hat aber diesen Plan nicht verfolgt, sondern ist mit 3000 Mann Infanterie und zahlreicher Cavallerie in die Provinz Matto Grosso, welche mit der nördlichen Grenze von Paraguay zusammenfällt, eingefallen, wo ihm die Regierung gar keinen Widerstand zu leisten vermag. Die Aufregung ist ungeheuer. Die vom „Journal de Rio“ verbreitete Nachricht, daß die Paraguasen bereit sind, in die Provinz Parana einzudringen, hat sich nicht bestätigt. (R. B.)

Valparaiso, 16. Dei. [Mars de Maria und Himmelspost.] Der Jahrestag (8. Dezember) einer furchtbaren Katastrophe, bei welcher in der Jesuitentürke gegen 2000 Frauen verbrannten, hat — so schreibt man von hier, der „N. Fr. Br.“ — Anlaß zu einem höchst peinlichen Vorfall gegeben. Der unbesiegbare Pater Ugarte hatte es trotz allen Widerstandes von Seite eines Theiles der Bevölkerung und der Behörden dennoch durchgehetzt, daß der „Mars de Maria“ (Marienmonat) mit dem alten Pomp und Glaubensfeier gefeiert wurde. Am Festtage hielt die in Santiago de Chile seit der Katastrophe in das Leben gerufene Feuerwehr (pomperos) eine große Übung, und zwar in der Nähe der von Kerzenlicht flimmernden Kirche, in welcher die gläubige Menge versammelt war. Während nun auf der Straße die Pomperos, welche nicht wie in Europa bezahlte Arbeiter sind, sondern (ähnlich wie in Nordamerika) diesen Dienst der öffentlichen Sicherheit freiwillig besorgen, und den angehörenden Klassen angehören, schleuderte Ugarte von der Kanzel herab seinen Bannstrahl gegen die feierlichen Pomperos und brandmarke sie als „hijos de Satan“ (Söhne des Teufels); die betäubten Weiber befremdeten sich und murmelten hierzu ihr andächtiges Amen, obwohl fast eine jede von ihnen einen Sohn, oder einen Vater, oder einen Bruder unter diesen „Teufelsköpfen“ zählte. Noch schlimmer und überraschender aber als dieser Bannschuß ist die laum glaubbare That, daß der Erzbischof von Santiago die Wiederherstellung der vielverschätzten Himmelsbriefpost (buzon de la virgen) nicht nur erlaubte, sondern als ein heilbringendes Institut empfiehlt. Ich werde mit dem Pastoralschreiben hierüber zu verstreichen suchen und Ihnen dann einfinden.

T e l e g r a p h i c h e D e p e s c h e n .

Hamburg, 16. Februar. Nach der so eben hier eingetroffenen „Berlingske Tidende“ vom 9. d. ist der König von Schweden am Dinkdag den 7. d. nach Christiania abgereist, wofür er sich acht Tage aufzuhalten gedient. Man bringt diese Reise mit Plänen zur Anlegung von Befestigungen an der Küste von Norwegen in Verbindung.

Wie „Dagbladet“ vom 11. d. meldet, ist das Eis zwischen Malmö und Kopenhagen so fest, daß man in Kopenhagen in den nächsten Tagen Schlitten aus Schweden erwartet.

Breslau, 17. Februar. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: aus dem Gehöft eines Gasthauses an der Orlauer-Chaussee der vordere Theil eines blaugefärbten Handwagens mit Deichsel; Paradiesgasse Nr. 24 ein Knabenhörnchen von braunem Sommerstoff und eine Mütze; Wassergasse Nr. 14, 15 drei Paar Läden; aus einem an der Oberschleuse liegenden Oderkahn ein Düsselrock, ein Sommerrock, ein Stepprock und ein wollener Frauenunterrock; Orlauer-Straße Nr. 12 von der Ladentafel dreißig Ellen brauner Twill.

Angelommen: Seine Durchlaucht Fürst v. Hassfeld-Schönstein und Ihre Durchlaucht Fürstin v. Hassfeld-Schönstein aus Trachenberg. Ihre Excellenz Frau General v. Berndt aus Warshaw. (Pol. Bl.)

5 Kanth, 16. Februar. [Erhöhung der Kohlenpreise.] In folge der gestiegenen Betriebskosten bei sämtlichen Gruben des Waldenburger

Steinkohlenreviers sehen sich die Grubenbesitzer veranlaßt, eine Preiserhöhung der Kohlen einzutreten zu lassen. Dieselbe besteht zwar nur in einigen Pfennigen pro Tonne, dürfte aber für die arme Bevölkerung empfindlich sein. Die Kalmischen Niederlagen sehen ihre Engros-Abnehmer mittelst Schreibens von dieser Preiserhöhung in Kenntnis; dieselbe tritt vom 1. März d. J. ab.

○ Aus dem Niedergebirge, 16. Febr. Herr Sommer in Warmbrunn, Besitzer des Hospiz auf der Schneekoppe, wird sich heut nach den Grenzbauden begeben, um dafelbst morgen Herrn Louis Stangen aus Breslau mit seinen Reisebegleitern zu begrüßen und dieselben, falls es gewünscht wird, nach der Schneekoppe führen. Zum Zweck dessen wird Mr. Sommer für Gepäckträger und Stärkungsmittel Sorge tragen. Dem Betreher nach wird sich eine Menge Bewohner Schneidebergs der Stangen'schen Reisegesellschaft anschließen, ebenso werden sich auch aus Lauban Reisebegleiter anschließen. Das Wetter ist prachtvoll. (Nur zu viel Wind?)

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad. In Pariser Linien, die Temperatur tar der Luft nach Raumur.	Bar. Barometer.	Luft- Temperatur.	Wind- richtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 16. Febr. 10 U. Ab.	328,66	-5,0	S. 1.	Heiter.
17. Febr. 6 U. Reg.	327,53	-6,2	S. 1.	Wolzig.

Breslau, 17. Febr. [Wasserstand.] O. P. 14 F. — 3. U. P. 2 F. — 3. Eisstand.

London, 13. Febr. [Weinmarkt.] Die Gesamtzufuhr von fremdem Wein in voriger Woche betrug 517 Stück, nämlich 1612 Stück Hornvieh, darunter 349 von Spanien), 2154 Schafe, 435 Kälber, 926 Schweine.

Zum heutigen Markt war eine für die Jahreszeit starke Zufuhr von fremdem Wein eingetroffen, dessen Condition meistens nur mittelmäßig war. Der Handel war stetig zu vollen Preisen. Die Antritt von einheimischem Hornvieh war ziemlich ausgedehnt und der Handel schwierig, so daß Preise zum Theil sich 2 dr. 8 Pf. niedriger stellten. Schafe hatten dagegen bei mäßigem Angebot stetigen Begehr, zu vollen lebhaberlichen Raten, Kälber, bei mäßiger Zufuhr und stetiger Nachfragebold behauptet. Schweinemarkt gut zu eher höheren Preisen.

Gesamt-Zufuhr: 4550 Stück Hornvieh, 15,800 Schafe, 192 Kälber, 390 Schweine. Fremde Zufuhr: 970 Stück Hornvieh, 810 Schafe, 104 Kälber, — Schweine.

Bezahlte Marktpreise für Hornvieh 3 s 8 d — 5 s 4 d, Schafe 4 s 4 d — 6 s 2 d, Kälber 4 s 4 d — 5 s 6 d, Schweine 3 s 6 d — 4 s 8 d.

Hamburg, 16. Febr. [Weinmarkt.] An den Markt gebracht wurden 106 Stück großes Hornvieh, wovon 44 Stück unverkauft blieben. Preis 36—48 Pf. pro 100 Pf.

Vom 14.—15. Febr. Schweinemarkt mittelmäßig. An den Markt gebrachte 712 Stück wurden verkauft. Preis innerhalb der Accise 32—36 Pf. pro 100 Pf., außerhalb der Accise 30—34 Pf. pro 100 Pf. — Kälberhandel gut. An den Markt gebrachte 267 Stück wurden verkauft. Preis

Reisbüro. Eisenbahn-Aktien. Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl. von 1859 14½% 102½ B.

Staats-Anl. von 1859 62½ 106 B.

dito 1860 62½ 97½ bz.

dito 1863 4 97½ bz.

dito 1864 402½ bz.

dito 1865 402½ bz.

dito 1866 402½ bz.

dito 1867 402½ bz.

dito 1868 402½ bz.

dito 1869 402½ bz.

dito 1870 402½ bz.

dito 1871 402½ bz.

dito 1872 402½ bz.

dito 1873 402½ bz.

dito 1874 402½ bz.

dito 1875 402½ bz.

dito 1876 402½ bz.

dito 1877 402½ bz.

dito 1878 402½ bz.

dito 1879 402½ bz.

dito 1880 402½ bz.

dito 1881 402½ bz.

dito 1882 402½ bz.

dito 1883 402½ bz.

dito 1884 402½ bz.

dito 1885 402½ bz.

dito 1886 402½ bz.

dito 1887 402½ bz.

dito 1888 402½ bz.

dito 1889 402½ bz.

dito 1890 402½ bz.

dito 1891 402½ bz.

dito 1892 402½ bz.

dito 1893 402½ bz.

dito 1894 402½ bz.

dito 1895 402½ bz.

dito 1896 402½ bz.

dito 1897 402½ bz.

dito 1898 402½ bz.

dito 1899 402½ bz.

dito 1900 402½ bz.

dito 1901 402½ bz.

dito 1902 402½ bz.

dito 1903 402½ bz.

dito 1904 402½ bz.

dito 1905 402½ bz.

dito 1906 402½ bz.

dito 1907 402½ bz.

dito 1908 402½ bz.

dito 1909 402½ bz.

dito 1910 402½ bz.

dito 1911 402½ bz.

dito 1912 402½ bz.

dito 1913 402½ bz.

dito 1914 402½ bz.

dito 1915 402½ bz.

dito 1916 402½ bz.

dito 1917 402½ bz.

dito 1918 402½ bz.

dito 1919 402½ bz.

dito 1920 402½ bz.

dito 1921 402½ bz.

dito 1922 402½ bz.

dito 1923 402½ bz.

dito 1924 402½ bz.

dito 1925 402½ bz.

dito 1926 402½ bz.